

durchblick

Sozialdemokratische Zeitung für Leimen

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

nachdem die große Zensur-Koalition von Oberbürgermeister, CDU/Bürgerblock, FWV und SDW im Leimener Gemeinderat vergangenes Jahr die Fraktionsspalten in der Rathaus-Rundschau wegen zu kritischer Worte wieder abgeschafft hat, gibt es in Leimen für politische Kritik kaum noch ein Sprachrohr. Wir freuen uns deshalb, daß es die SPD in Leimen einmal wieder geschafft hat, einen "Durchblick" zu erstellen.

Leimen ist nicht außerhalb Deutschlands, deshalb ist die Bundestagswahl am 27. September für uns alle von entscheidender Bedeutung, stellt sie doch eine Weichenstellung für die Zukunft dar. Sie entscheiden, ob wir weiterhin ein Land mit einer sozialen Marktwirtschaft bleiben, in dem sich die Starken um die Schwachen kümmern, und in dem ein vertretbarer sozialer Ausgleich angestrebt wird. Oder ob soziale Gegensätze und Konflikte bestimmend werden. Die "2/3-Gesellschaft" ist hier ein Stichwort: Wird ein Drittel der Gesellschaft auf Dauer in wirtschaftlich schlechten Verhältnissen bis hin zur Armut leben?

Am 8. September hat der amtierende Bundeskanzler zum wiederholten Mal über das Fernsehen die Trendwende am Arbeitsmarkt verkündet. Ein Absinken der Arbeitslosenzahl um 39.000 auf knapp 4,1 Millionen belege, daß die Regierung mit ihrer Politik auf dem richtigen Weg sei. Es sind die gleichen Sprüche wie 1994. Was Herr Kohl verschweigt: 1994 gab es in Deutschland 3,4 Millionen Menschen ohne Arbeit. In den letzten vier Jahren Kohl wurden es also nochmal 700.000 mehr! Und diese Erhöhung fand statt in einer Zeit, in der auch die deutsche Wirtschaft florierte und die Unternehmen in den meisten Branchen gute Umsätze und Gewinne machten. Die amtierende Bundesregierung schaffte es nicht, den wirtschaftlichen Aufschwung in Beschäftigung umzusetzen. Eine SPD-geführte Regierung wird dies in Angriff nehmen.

Die ungeklärte Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verarmung immer größerer Bevölkerungskreise in einer Zeit steigender Unternehmensgewinne macht das **Scheitern der Regierung Kohl** offenbar. Es gibt noch bei weitem mehr Gebiete, auf denen die Regierung gescheitert ist. Ein Buch würde dafür kaum ausreichen. Exemplarisch darlegen möchten wir Ihnen die Vorstellungen der SPD für eine bessere Politik anhand der geplanten Steuer- und Abgabenreform. Über andere Bereiche informieren wir sie gern. Sprechen Sie uns an!



"Am 27. September
bitte ich auch Sie in
Leimen
um Ihre Stimme!

Damit Deutschland
wieder **sozial gerechter**
regiert wird!"

Ihr

Gerhard Schröder,
SPD-Kanzlerkandidat

Wolfgang Krauth
1. Vorsitzender SPD Leimen
Stadtrat

Karl-Heinz Wagner
1. Vorsitzender SPD St. Ilgen
Stadtrat

Wir sind bereit.

Sehr geehrte Leimener Bürgerinnen und Bürger,

Deutschland braucht den politischen Wechsel! Das wichtigste Ziel ist der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und die Bereitstellung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir unser Land modernisieren und die soziale Marktwirtschaft erneuern. Nicht wenige machen sich Sorgen um die Beständigkeit Ihres Arbeitsplatzes. Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist ins Gerede gekommen. Das Zauberwort Globalisierung weckt Befürchtungen, Arbeit gäbe es demnächst nur dort, wo die Konzerne sie am billigsten kriegen.

Wir wissen aber alle, daß Arbeit auch Qualität hervorbringen muß. Und die ist ja nach wie vor gefragt. Sie ist das Ergebnis der Qualifikation und Motivation unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sorge und Unsicherheit beflügeln nicht gerade die Leistungsbereitschaft. Qualifikation und Motivation der Arbeitnehmer sind wichtige Voraussetzungen, ja der Garant, für die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Landes.

Diese Zukunft haben wir im Blick, wenn wir am 27. September 1998 den politischen Wechsel anstreben. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird unmittelbar nach der Wahl Wirtschaft, Gewerkschaften und Regierung zu einer gemeinsamen Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit einladen. Nur gemeinsam und ohne ideologische Scheuklappen können die wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes gelöst werden.

Viele Menschen fragen mich, woher sollen neue Arbeitsplätze kommen? Wir haben uns die Modernisierung von Staat und Wirtschaft vorgenommen. Das heißt:

- Stärkung der Bildung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, von Forschung und Wissenschaft,
- offensive Nutzung und Förderung neuer Technologien,
- Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten (Sozialversicherungsbeiträge),
- wirksame Hilfen für Mittelstand und Existenzgründer,
- Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen durch Senkung der Unternehmenssteuersätze.

Und wir werden Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederherstellen. Sozial- und Lohndumping, illegale Beschäftigung und systematische Schwarzarbeit untergraben unsere sozialen Sicherungssysteme. Dies werden wir nicht mehr zulassen.

Die Arbeitslosigkeit hat unser Land 1997 etwa 180 Milliarden Mark gekostet. Dieses Geld kann besser ausgegeben werden: für Qualifizierung und Arbeit.

Herzlich bitte ich Sie, am 27. September für den Wechsel zu stimmen, für die SPD.



Gert Weisskirchen, Mitglied des Deutschen Bundestages

PS: Wenn Sie mehr über das Programm der SPD erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an mein Heidelberger Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro **Prof. Gert Weisskirchen**
Fischmarkt 3, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/21006, Telefax: 06221/181891
e-mail: gert.weisskirchen@wk.mdb.bundestag.dbp.de
homepage: <http://www.baden.net/weisskirchen>



Prof. Gert Weisskirchen

Geboren am 16. Mai 1944 in Heidelberg, evangelisch; verheiratet mit Renate Weisskirchen, SPD-Stadträtin in Wiesloch seit 1978, gemeinsame Tochter Nicole.

Kaufmännischer Gehilfenbrief, zweiter Bildungsweg. Studium an den Pädagogischen Hochschulen Heidelberg und Karlsruhe, sowie an der Universität Heidelberg.

Berufliche Tätigkeiten:

1969-1972: Lehrer an der Realschule Eppingen

1972-1975: Wissenschaftlicher Assistent an der PH Heidelberg

1976-1995: Professor für Sozialpädagogik, Fachhochschule Wiesbaden

1990-1993: Lehrauftrag an der Humboldt-Universität Berlin

seit 1995: Professor für Kulturwissenschaften, Fachhochschule Potsdam (Fachbereich Kultureller und Sozialer Wandel)

Parlamentarische Funktionen:

seit 1976: Mitglied des Deutschen Bundestages

seit 1990 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

seit 1993 Sprecher der Arbeitsgruppe Vereinte Nationen der SPD-Fraktion

seit 1994 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

seit 1997 Sprecher der Fraktion der sozialdemokratischen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Die Steuerreform der SPD: Für gerechte Steuern und solide Finanzen

Die Ausgangslage

Am Ende der Regierung Kohl ist es unübersehbar: Die Staatsfinanzen sind zerrüttet und das Steuersystem gleicht einem Scherbenhaufen. Die Steuerschätzung vom 15. Mai 1997 hat für Bund, Länder und Gemeinden bis zum Jahr 2000 Steuerausfälle von 118 Milliarden DM aufgedeckt. Die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung hat Deutschland in eine Finanzkrise geführt. Wenn es aber nach Kohl, Waigel und Westerwelle ginge, würde es noch schlimmer kommen: Allein für 1999 ergäbe sich nach den Steuerplänen der Regierung eine zusätzliche Deckungslücke von 56 Milliarden DM! Weder der Bund, noch die Länder und Gemeinden können solche Steuerausfälle verkraften. Das geht am Ende zu Lasten der Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen.

Der finanz- und steuerpolitische Ruin ist aber kein unabwendbares Schicksal, sondern direkte Folge der verfehlten Politik der Bundesregierung. Dazu gehört die massive Entlastung von Hoch- und Spitzenverdienern, denen der christsoziale Kassenwart Waigel ein Steuergeschenk nach dem anderen macht, während er gleichzeitig den Normalverdienern immer tiefer in die Tasche greift. So wurden den großen Vermögern rund vier Milliarden DM private Vermögenssteuer erlassen, den Hochverdienern wurden unsinnige Steuerprivilegien für sogenannte Investitionen im Osten eingeräumt und den großen Konzernen wurde mit dem Instrument des Verlustvortrags die Möglichkeit gegeben, in Deutschland praktisch keine Steuern mehr zahlen zu müssen. Das Ergebnis: Unser Staat wird heute fast nur noch von den Steuern der kleinen und mittleren Steuerzahler finanziert.

Auch das völlige Versagen der Kohl-Regierung bei der Finanzierung der deutschen Einheit hat leider Wirkung gezeigt. Statt von den großen Einkommen und Vermögen einen angemessenen Beitrag einzufordern, wurden

hemmungslos Schulden gemacht und ein erheblicher Teil der Kosten in die Sozialversicherungssysteme abgewälzt. Das Ergebnis: Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung gingen um zwei Prozentpunkte rauf.

Mit diesem Dilettantismus und der christlich-liberalen Umverteilungspolitik von unten nach oben muß nun endlich Schluß sein! Die SPD-geführte Bundesregierung wird gemeinsam mit den sozialdemokratisch geführten Bundesländern schnellstmöglich für eine große Steuerreform sorgen, die diesen Namen auch verdient.

Ziele und Grundsätze der SPD-Steuerreform

Die Steuer- und Abgabenreform der SPD hat zwei Hauptziele: Neue Arbeitsplätze (durch mehr Kaufkraft und mehr Investitionen) und mehr Steuergerechtigkeit (durch Steuervereinfachung und Belastungsgerechtigkeit).

Zu unserer Steuerreform gehört:

- o eine **Senkung** der Steuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer
- o eine **Erhöhung** des Kindergeldes
- o eine **Senkung** der Unternehmenssteuersätze.

Nettoentlastung für Arbeitnehmer und Familien

Unsere Steuerreform bringt für eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern unter dem Strich eine Entlastung von etwa 2500 DM im Jahr. Diese Entlastung der Arbeitnehmer und Familien ist ein Gebot der wirtschaftspolitischen Vernunft und der sozialen Gerechtigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, will die SPD

- eine Entlastung der Arbeitnehmer bei den Sozialversicherungsbeiträgen um jährlich 15 Milliarden DM,
- eine Verbesserung des steuerlichen Grundfreibetrages auf 14.000 DM für Ledige und 28.000 DM für Verheiratete,

- eine Senkung des Eingangssteuersatzes von jetzt 25,9% auf 15%. Als erster Schritt ist eine Absenkung auf 21,9% solide finanzierbar.

- eine Erhöhung des Kindergeldes um 30 DM auf 250 DM pro Monat für das erste und zweite Kind. Ein Kindergeld von 250 DM ist eine jahrelange Forderung der SPD und entspricht dem verfassungsrechtlichen Grundsatz, daß auch Kinder einen Anspruch auf ein "steuerfreies Existenzminimum" haben.

Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen

Zur Förderung neuer Arbeitsplätze wollen wir eine Senkung der Sozialabgaben um 2 Beitragspunkte. Das bedeutet eine Entlastung der Betriebe um rund 15 Milliarden DM pro Jahr, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen und Handwerksbetrieben mit einem hohen Personalkostenanteil zugute kommt.

Die SPD will die Gewinne, die für Investitionen in neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, steuerlich entlasten. Als erste Maßnahme soll der Körperschaftssteuersatz für reinvestierte Gewinne von 45% auf 35% gesenkt werden. Auch Einzelunternehmen und Personengesellschaften haben die Möglichkeit, durch Wechsel in der Unternehmensform in den Genuß dieser Tarifentlastung zu kommen.

Unser Konzept ist

- wirtschaftspolitisch vernünftig, weil es die Investitionskraft der Unternehmen und die Kaufkraft der Steuerzahler stärkt,
- sozial ausgewogen, weil es vor allem Familien und Arbeitnehmer mit mittleren und niedrigen Einkommen entlastet und keine Steuergeschenke für Spitzenverdiener verteilt
- finanzpolitisch solide, weil es aufkommensneutral finanziert ist und der Situation der öffentlichen Haushalte mit Augenmaß Rechnung trägt, sowie
- ökologisch richtig, weil es den Einstieg in die ökologische Steuer- und Abgabenreform wagt.

Die Gegenfinanzierung der Steuerreform

Unsere Schwerpunkte sind

- die Beseitigung ungerechtfertigter Steuervergünstigungen: Dabei sorgen wir dafür, daß die beispiellosen Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen bei der Gewinnermittlung auf internationale Standards begrenzt werden.
- das "Aktionsprogramm gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung": Die zu Lasten der Allgemeinheit betriebene Steuerhinterziehung muß mit aller Härte verfolgt werden, da hier Beträge in Milliardenhöhe dem Staat und seinen Bürgern entzogen werden.
- die verfassungskonforme Besteuerung großer Privatvermögen mit hohen Freibeträgen für Familien: Als ersten Schritt zu einem gerechten Lasten-

ausgleich wollen wir einen Vermögenssteuersatz von 1%. Betriebsvermögen werden wir freistellen.

Gegenfinanzierung der Abgabenreform

Die ökologische Steuerreform der SPD ist sozial verträglich und wirtschaftlich eine große Chance.

Mit dem Mehraufkommen einer maßvollen und berechenbaren Belastung des Energieverbrauchs können die Sozialversicherungsbeiträge und damit die Kosten der Arbeit gesenkt werden. Gleichzeitig werden marktwirtschaftliche Anreize gesetzt für die Entwicklung neuer Technologien im Bereich von Energieeinsparung und Umweltschutz.

Durch eine Freistellung der Prozeßenergie wird es keine Belastung der deutschen Industrie geben.

Die SPD will

- keine Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen für Investitionen in neue Arbeitsplätze und neue Wohnungen,
- keine Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung neuer Steuer geschenke für Spitzenverdiener,
- keine Bestrafung der Arbeitnehmer, die in Wechselschichten arbeiten oder lange Anfahrtswege mit dem Auto zurücklegen müssen,
- keine Besteuerung des Arbeitslosengeldes oder anderer Lohnersatzleistungen,
- keine zusätzliche Besteuerung der Rentner und keine Besteuerung bestehender Lebensversicherungen.

Wolf-Rüdiger Branscheid, Telefon: 06224/75842

IMPRESSUM

durchblick ist die Sozialdemokratische Zeitung für Leimen

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Leimen und St. Ilgen

V.i.S.d.P.: Wolfgang Krauth, Troppauer Weg 6, 69181 Leimen, wolfgang.krauth@t-online.de

Redaktion & Mitarbeiter:

Wolf-Rüdiger Branscheid, Wolfgang Krauth.

Lay-Out: Alexander Lucas PR- & MediaService, Dünenweg 19, 69207 Sandhausen

Belichtung: Dream-Design, Turmgassen-Center 7, 69181 Leimen

Druck: Mera-Druck, Wingertstraße 7, 69207 Sandhausen

Auflage: 9.000 Stück

Der **durchblick** wird haushaltsdeckend in Leimen und seinen Stadtteilen verteilt. Wir behalten uns vor, auch Briefkästen zu beliefern, die Reklame verneinen, da wir den "durchblick" als Teil "politischer Willensbildung" nach Artikel 21 des Grundgesetzes sehen. Sollten Sie in Zukunft keinen "durchblick" wollen, so lassen Sie das bitte den Herausgeber wissen. Danke.

Die Steuer- und Abgabenreform der SPD Entlastung für Arbeitnehmer und Familien am Beispiel

verheiratete Steuerpflichtige
Ehegatte berufstätig
2 Kinder

Mann: Facharbeiter in der Druckindustrie

Frau: Krankenschwester

Mann:

steuerpflichtiger Bruttolohn: 88.065 DM
steuerfreie Zuschläge: 12.766 DM
km zur Arbeit (220 Tage) 15

Frau:

steuerpflichtiger Bruttolohn: 45.890 DM
steuerfreie Zuschläge: 4.456 DM
km zur Arbeit (220 Tage) 7

Entlastung (-) bzw. Mehrbelastung (+) gegenüber Steuerrecht 1997	DM/Jahr
Einkommenssteuer	-2.442 DM
Solidaritätszuschlag	-183 DM
Kirchensteuer	-220 DM
Sozialversicherung	-1.340 DM
Kindergeld	-720 DM
Mineralölsteuer PKW	+120 DM
Mineralölsteuer Heizung	+60 DM
Mehrwertsteuer	+420 DM
Entlastung:	-4.305 DM

(Annahmen: Mineralölsteuer: Fahrleistung von 25.000 km/Jahr bei einem Durchschnittsverbrauch von 8l; Erdgas Verbrauch zum Heizen: 40.000 kWh/Jahr, Mehrwertsteuer: entsprechend Haushaltstyp 3 Statistisches Bundesamt)